

Die Türkei wendet sich
langsam von Europa ab

Ankaras Sonderweg

Aschot Manutscharjan

Die Analyse der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik der letzten beiden Jahre deutet darauf hin, dass das kleinasiatische Land seine Zukunft nicht mehr zwangsläufig in der Europäischen Union sieht. Obwohl Ankara nach wie vor auf einem EU-Beitritt als vorrangigem außenpolitischen Ziel beharrt, entwickeln die politisch Verantwortlichen längst eine Alternative zur EU-Mitgliedschaft: Die Türkei will sich als zukünftige Mittelmacht zwischen Europa und Asien positionieren.

Die Realisten in Ankara mussten erkennen, dass das Land keine Großmachtstellung ausfüllen kann. Dazu fehlen sowohl die Wirtschaftskraft als auch eine breite Bürgergesellschaft. Starke Streitkräfte allein reichen dazu nicht aus, zumal sie immer wieder mit der Niederschlagung der Kurden-Aufstände beschäftigt sind. Vor diesem Hintergrund stellen selbst die Zollunion und die finanziellen Vorteile aus einer „privilegierten Partnerschaft“ mit der Europäischen Union ein starkes Pfund dar, mit dem sich die Türkei als einflussreichstes islamisches Land in der Region behaupten kann. Hinzu kommen die NATO-Mitgliedschaft und die enge militärische Partnerschaft mit den USA – gute Argumente, um beim militärischen Kräftemessen im Nahen und Mittleren Osten zu punkten.

Der Wunsch der USA und der EU, für den Abtransport von Öl und Gas aus Asien alternative Routen unter Umgehung Russlands zur Verfügung zu haben, wertet die Bedeutung der Türkei als Tran-

sitland enorm auf. Zugleich wächst die Abhängigkeit der europäischen Industrienationen auf der einen und der Energielieferanten auf der anderen Seite von Ankaras *Goodwill*. Auch die geopolitische Stellung der Türkei erfährt dadurch eine außerordentliche Aufwertung.

In internationalen Organisationen – das gilt auch für die Nordatlantische Allianz – versucht die türkische Regierung, ihre eigenen nationalen Zielvorstellungen durchzusetzen. Dazu gehören auch ihr islamisches Weltbild und eine vordeмократische Auffassung von Pressefreiheit. Der gescheiterte Versuch der Türkei, im April 2009 die Wahl des dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen zum NATO-Generalsekretär zu verhindern, belegt, dass die AKP-Regierung nicht nur innenpolitisch, sondern auch in ihrer Außenpolitik eine islamische Weltanschauung vertritt. Zu Recht wurde diese Intervention in europäischen Medien als Veto gegen die westlichen Werte bezeichnet, das nicht erwarten lasse, dass die Türkei in absehbarer Zeit ihren Weg nach Europa finden werde.

Die kurzatmige „Europa-Begeisterung“ droht in der Türkei wegen der EU-Beitrittskriterien vollends abzuklingen. Die Schuldigen sind in Gestalt der christdemokratischen Parteien schnell gefunden, sind sie es doch, die mit ihrer „privilegierten Partnerschaft“ die Türkei aus dem „Club der Christen“ ausschließen wollen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan geht noch weiter: Er unterstellt deutschen Politikern nicht weniger als

„Türkenhass“, weil sie die von ihm vorgeschlagenen türkischen Gymnasien mit der Unterrichtssprache Türkisch als schädlich für die erwünschte Integration ablehnen. Wiederholt forderte Erdogan in seinen pantürkischen Appellen die in Europa lebenden und bedrohten „Auslandstürken“ („Kinder desselben Stammes“) auf, sich für die Interessen ihrer Heimat einzusetzen. Das gilt natürlich in besonderem Maße für die türkischstämmigen Politiker, die als Abgeordnete und Regierungsmitglieder über Macht verfügen. Allerdings zeigt Erdogans Scheitern in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft einmal mehr, dass er den Einfluss seiner Regierung in Europa überschätzt.

Unter Wahrung der gebotenen Diplomatie setzte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihres Türkei-Besuchs Ende März 2010 erneut für die Integration der Türken in Deutschland ein: Sie sagte Ministerpräsident Erdogan „ganz deutlich“, dass Berlin unter Integration nicht etwa Assimilation oder die Aufgabe der eigenen Heimat verstehe. „Sondern wir wollen, dass Menschen, die über viele Generationen bei uns leben, sich in dieses Land integrieren, das heißt teilhaben an dem gesellschaftlichen Erfolg, teilhaben im Arbeitsleben, teilhaben im Familienleben. Das bedeutet natürlich, dass die deutsche Sprache erlernt wird und die deutschen Gesetze eingehalten werden.“

Die Erklärungen Erdogans gegen die erwünschte Integration, die er als Assimilation und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet, klingen mehr als zynisch, wenn man davon ausgeht, dass er die Geschichte seines Landes kennt. Zum ersten Mal wurde der heute so geläufige Satz „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ im Mai 1915 in Bezug auf die Verfolgung der Armenier im Osmanischen Reich von den Alliierten geprägt.

Bewusst verzichtet Erdogan darauf, anstelle der freiwilligen Integration die

Zwangsassimilation zu verurteilen, und trägt so zur Verunsicherung der integrationswilligen Türken bei. Schließlich haben sie ihre Heimat freiwillig verlassen, um in Deutschland ein besseres Leben zu führen. Dies kann aber nur gelingen, wenn sie die Landessprache beherrschen. Dass Erdogan mit seinem Vorschlag türkischsprachiger Schulen in Deutschland nur seinen eigenen Interessen folgt, zeigt ein Blick auf seine Innenpolitik. Bis heute verwehrt es seine regierende „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) den zwanzig Millionen in der Türkei lebenden Kurden, in ihrer Muttersprache Kurdisch unterrichtet zu werden.

Da auch in Ankara Realpolitiker am Ruder sind, gehen sie davon aus, dass sich ein EU-Beitritt der Türkei noch ein Jahrzehnt hinziehen wird, falls er überhaupt jemals stattfindet. Selbst die eifrigsten Befürworter einer türkischen EU-Mitgliedschaft in Deutschland sehen dies inzwischen ähnlich. Die dramatischen Finanz- und Wirtschaftsprobleme der EU-Mitgliedstaaten sowie die Zahlungsunfähigkeit des Eurostaates Griechenland bestätigen die Skeptiker, die die Aufnahme eines neuen, bevölkerungsreichen Mitgliedes mit einem starken wirtschaftlichen Ost-West-Gefälle für nicht finanzierbar halten.

Mit der Ernennung des Politikwissenschaftlers Ahmet Davutoglu zum Außenminister setzte Ministerpräsident Erdogan ein Zeichen: Die Türkei müsse eine Politik allein zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen betreiben und wieder eine Bedeutung wie zurzeit des Osmanischen Reiches erlangen. Diese Neuausrichtung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik führt weg vom prowestlichen, kemalistischen Kurs. Davutoglu selbst spricht von einer „multidimensionalen“ Politik, türkische Beobachter bezeichnen sie als „Neo-Osmanismus“ oder Politik der „null Probleme mit den Nachbarn“.

Nunmehr definiert sich die Türkei als europäisches und asiatisches Land, als Balkan- und Kaukasusanrainer, als Land des Mittelmeeres und des Kaspischen Meeres, wie Außenminister Davutoglu im Mai 2009 erklärte. Dabei grenzt die Türkei nur an die Südkaukasus-Staaten und hat gar keinen Zugang zum Kaspischen Meer. Wie Russland definiert sich die Türkei als euroasiatisches Land, um damit ihren „Sonderweg“ zu rechtfertigen. Konkret bedeutet dies, dass sie sich nicht verpflichtet fühlt, die „westeuropäischen“ Werte zu beachten und zu übernehmen. Dass dieser Ansatz der EU-Politik in der Region entgegenwirkt oder sie sogar torpediert, zeigen nicht zuletzt die türkische Nahostpolitik sowie die Kursänderung Ankaras gegenüber Iran und Israel.

Die Außenpolitik des „Neo-Osmanismus“

Als Signal für die Neuausrichtung der türkischen Politik gelten die demonstrativ gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur Islamischen Republik Iran: Tatsächlich zählt Präsident Ahmadinedschad Regierungschef Erdogan zu seinen Freunden. Die Türkei ist sehr daran interessiert, das Handelsvolumen mit dem Iran von circa sechs Milliarden auf jährlich zwanzig Milliarden US-Dollar zu steigern. Dieses Ziel dürfte aber nur zu erreichen sein, wenn der Iran die Exporte der fossilen Energieträger massiv erhöht. Daneben unterstützt Ankara Teherans Nuklearprojekt. Das gilt ausdrücklich auch für die Argumentation Ahmadinedschads, wonach die Urananreicherung allein der Herstellung von Brennstäben zur Energiegewinnung dient. Außerdem begrüßte die Türkei als (nicht ständiges) Mitglied des UN-Sicherheitsrates zusammen mit Brasilien im Mai 2010 die iranische „Initiative“. Ziel war es, schärfere Sanktionen zu verhindern. Am Ende verpflichtete sich der

Iran, der Türkei und Brasilien 1200 Kilogramm angereichertes Uran zu liefern, um daraus Brennstäbe zu produzieren.

Dass die türkische Regierung die gemeinsame Front der westlichen Staatengemeinschaft verlassen und sich offen auf die Seite Irans gestellt hat, symbolisiert wie kein anderes Beispiel die sicherheitspolitische Kehrtwende Ankaras. Damit spielt die Türkei eine Sonderrolle als Regionalmacht: Institutionell arbeitet sie zwar nach wie vor eng mit den westlichen Staaten zusammen, gleichwohl betreibt sie mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten eine eigenständige Politik.

Hatte die Türkei Syrien noch vor zehn Jahren mit einem Krieg gedroht, besteht heute zwischen beiden Staaten eine enge Militärkooperation. Die Zusammenarbeit festigten zwei gemeinsame Manöver, das letzte fand erst Ende April 2010 statt. Die Vertiefung der türkisch-syrischen Beziehungen und die intensiven Kontakte Ankaras in die arabische Welt gingen mit einer Abkühlung der traditionell guten türkisch-israelischen Beziehungen einher, die bislang auf einer engen militärisch-technischen Zusammenarbeit basierten.

Gern sprechen die türkischen Außenpolitiker von den „Besonderheiten“ ihres Landes als Nachfolgerin des Osmanischen Reiches und weisen darauf hin, dass ihnen diese Geschichte Türen in die Region öffne. Dabei sind die diplomatischen „Erfolge“ der Türkei im Iran, in Syrien oder bei Hamas in Gaza nur darauf zurückzuführen, dass diese autoritären Regime über die Türkei ihre internationale Isolation durchbrechen wollen. Zwar wird das türkische Engagement im Nahost-Konflikt in den Medien durchaus wohlwollend kommentiert, allerdings lassen Erfolge auf sich warten.

So entpuppte sich die öffentlichkeitswirksam betriebene türkische Vermittlung „syrisch-israelischer Geheimverhandlungen“ als Luftballon. Alles andere wäre einer Sensation gleichgekommen.

Warum sollte der Türkei gelingen, woran zuvor bereits die USA, die UNO, die EU und andere einflussreiche Staaten gescheitert waren? Dass auch der türkischen Vermittlerrolle kein Erfolg beschieden war, wurde offenkundig, als türkische Regierungsmitglieder ihren einstigen Verbündeten öffentlich scharf kritisierten: Israel verübe einen „Völkermord“ am palästinensischen Volk und begehe Akte des „Staatsterrorismus“ gegenüber dem blockierten Gaza. Inzwischen droht Ankara Israel regelmäßig mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder mit dem Rückruf des Botschafters.

Hatte die Türkei einst als erstes islamisches Land diplomatische Beziehungen zu Tel Aviv aufgenommen, äußert sie sich heute besonders kritisch über die israelische Politik gegenüber den Palästinensern. Dazu drängt sich Ankara in die *Poleposition* und gebärdet sich als Anführerin der islamischen Welt. Tatsächlich ist es für die Türkei sehr viel wichtiger, eine positive politische Atmosphäre in der islamischen Nachbarschaft zu schaffen, als mit Israel weiter eine „strategische Partnerschaft“ zu pflegen. Denn die islamischen Nachbarn braucht Ankara, sollen das iranische Öl und Gas unbehelligt über die Türkei im Westen ankommen.

Auch in anderen innerislamischen Konflikten versuchte sich die Türkei als Vermittlerin: So lud die Regierung die Staatschefs von Afghanistan und Pakistan nach Ankara zum „Friedensgespräch“ ein, um den dauerhaften Konflikt zu befrieden. Ein Erfolg stellte sich nicht ein. Zudem agierte die Türkei als Friedensstifterin im Konflikt zwischen der Hisbollah und der libanesischen Regierung.

Die Beziehungen zu Moskau entwickelten sich nach dem Zerfall der Sowjetunion stabil. Inzwischen ist Russland einer der wichtigsten Waffenlieferanten der Türkei. Darüber hinaus vereinbarten beide Staaten bei einem Besuch Präsident

Dmitrij Medwedews im Mai 2010 die Abschaffung der Visumpflicht. Bei der Gelegenheit erhielt Russland den lukrativen Auftrag zum Bau eines Atomkraftwerks in der Türkei. Außerdem wurden die russischen Lieferungen auf jährlich über vierzehn Milliarden Kubikmeter Gas erhöht. Den Handelsumsatz wollen Moskau und Ankara von dreißig Milliarden US-Dollar im Jahr auf einhundert Milliarden steigern. Allerdings können bislang weder Russland- noch Türkei-Experten darlegen, mit welchen Waren oder Dienstleistungen diese Volumina erreicht werden können.

Neben Russland vertiefte Ankara die Beziehungen zur Ukraine, um so den drittgrößten Schwarzmeer-Anrainer als Partner für die geplante „Euroasiatische Union“ zu gewinnen. In Zeiten des Kalten Krieges waren derartige Verbindungen undenkbar. Die Bildung einer solchen Union brachte der türkische Außenminister Davutoglu ins Spiel, möglicherweise als Ersatz für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei.

Aufgrund ihrer guten Beziehungen zu Moskau konnte die Türkei ihre Position als Drehscheibe der europäischen Energiepolitik weiter stärken: Erinnert sei hier an die wachsende Bedeutung der Energielieferungen aus Russland und dem Kaspischen Raum. Daneben wird die Nabucco-Pipeline gebaut, die Gas aus Zentralasien und dem Iran nach Europa transportieren wird. Politisch profitiert die Türkei auch vom Konkurrenzkampf der Betreibergesellschaften der internationalen Pipeline-Projekte. Zu hoffen bleibt, dass sie ihre Machtstellung in Zukunft nicht ausnutzen wird, so wie es die Ukraine vormachte, indem sie die Gaslieferungen gen Westen aus eigenen Opportunitätserwägungen heraus blockierte. In der Kaukasus-Politik scheiterten die Bestrebungen der Türkei, zum Osmanischen Imperium und zur Politik der „null Probleme mit den Nachbarn“ zurückzu-

kehren. Insbesondere die Armenien-Politik Ankaras endete in einem internationalen Desaster.

Der Kaukasus-Knoten

Die Türkei hatte in den 1990er-Jahren und zuletzt am 15. Januar 2000 mit der Initiative „Stabilitätspakt im Kaukasus“ des Präsidenten Süleyman Demirel versucht, eine Führungsrolle in der Region einzunehmen. Während der georgisch-russische Krieg um Südossetien in vollem Gange war, meldete sich am 11. August 2008 plötzlich die Türkei als Vermittlerin im Südkaukasus zurück. Mit dem Vorschlag, eine „Kaukasus-Allianz“ zu gründen, wollte sich Ankara auf internationaler Ebene, vor allem aber mit Blick auf die erhoffte EU-Mitgliedschaft, als friedensstiftende Macht präsentieren. Ministerpräsident Erdogan sprach von der „Herstellung eines stabilen Friedens“, der ohne die Schaffung einer „Atmosphäre des Vertrauens und der Stabilität“ nicht zu erreichen sei. Dafür wollte Ankara eine „Plattform der Sicherheit und Stabilität im Kaukasus“ etablieren. Das Projekt scheiterte.

Die armenische Regierung begrüßte die türkische Kaukasus-Initiative vom August 2008 als ersten Schritt zu der seit Langem erwünschten Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Jerewan erhoffte sich eine Entwicklung, die zu einer Grenzöffnung führen würde, und die Herstellung diplomatischer Kontakte.

Nach der Unabhängigkeitserklärung Armeniens 1991 hatte sich die Türkei geweigert, diplomatische Beziehungen zum Nachbarland aufzunehmen und die Grenze nach Armenien zu öffnen; es sei denn, Jerewan verzichte auf seine verzerrte Darstellung der osmanisch-türkischen Geschichte und den Vorwurf des Völkermords an den christlichen Armeniern während und nach dem Ersten Weltkrieg (1915 bis 1923). Bis heute ist die

Erwähnung des Genozids an den Armeniern gemäß Paragraf 301 des türkischen Strafgesetzbuches (Beleidigung des Türkentums) strafbar: Zu den Opfern dieses berüchtigten Gesetzes gehören viele bekannte türkische Intellektuelle, darunter Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk.

Der Abzug der armenischen Truppen aus Aserbaidschan und der Verzicht auf die Unterstützung der Armenier in Berg-Karabach waren die zweite politische Bedingung der türkischen Regierung für die Öffnung der Grenze und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Der seit Februar 2008 amtierende armenische Präsident Serž Sargsjan lehnte diese Forderungen kategorisch ab. Armenien denke gar nicht daran, der bislang völkerrechtlich nicht anerkannten „Republik Berg-Karabach“ seine Unterstützung zu entziehen oder darauf zu verzichten, internationale Sicherheitsgarantien für die Enklave zu fordern. Solange es keine solchen Garantien gebe, könne nur Armenien das Existenzrecht der Armenier in Berg-Karabach militärisch durchsetzen. Die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch viele Staaten, darunter die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten und auch die Türkei, wurde in Armenien als weiteres Argument für die internationale Anerkennung Berg-Karabachs gewertet.

Das Jahr 2009 ging in die Geschichte beider Nationen ein: Immerhin gelang eine erste vorsichtige Annäherung. Nach langen und zähen diplomatischen Geheimverhandlungen unterzeichneten die Vertragspartner schließlich am 10. Oktober 2009 in Zürich zwei Protokolle, in denen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung des Grenzverkehrs geregelt werden. Im zweiten Protokoll geht es um die Entwicklung der bilateralen Beziehungen; außerdem legen die Vertragspartner darin konkrete Schritte und Termine fest. Schirmherren des Prozesses waren die USA, Russland, Frankreich, die Schweiz, die OSZE und die EU.

Mit den historischen Zürcher Abkommen trat die Annäherung zwischen Armenien und der Türkei in eine entscheidende Phase: Für Ankara könnte eine Normalisierung der türkisch-armenischen Beziehungen einen der vielen Steine aus dem Weg räumen, die einen EU-Beitritt des Landes bislang verhindern. Denn die Öffnung der Grenze zum Nachbarland gehört zu den Bedingungen, die Ankara auf Wunsch Frankreichs und anderer EU-Mitglieder erfüllen muss, bevor das Land der Union beitreten kann. Dabei erscheint ausgeschlossen, dass die derzeitige türkische Regierung ihre Haltung zur Aufarbeitung der Geschichte und zum Völkermord an den Armeniern überdenkt.

Nach der Unterzeichnung der Zürcher Abkommen fand zwischen den Parlamenten beider Staaten ein „Ratifikationskrieg“ statt. Die ablehnende Haltung der Regierungsparteien im türkischen Parlament zu den Protokollen führte zu entsprechend negativen Reaktionen in Armenien. Die Haltung der Türkei, die, ungeachtet der getroffenen Vereinbarungen, an Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung der Grenze festhält, lässt den Schluss zu, dass Ankara die Annäherung nur zum Schein initiierte, um eine weitere internationale Anerkennung des Völkermordes von 1915 zu stoppen. Aus türkischer Sicht bestand Handlungsbedarf: So hatte im März 2010 der Auswärtige Ausschuss des US-Repräsentantenhauses das Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich als Genozid eingestuft, danach erkannte das schwedische Parlament den von den Jungtürken organisierten Massenmord als Völkermord an, obwohl Ankara lautstark protestiert hatte.

Die Weigerung der Türkei, sich an das vereinbarte Prozedere zu halten und die

Grenze nach Armenien ohne Vorbedingungen zu öffnen, sowie der wachsende innenpolitische Druck veranlassten Präsident Sargsjan am 22. April 2010, den „sinnlosen Dialog“ zu beenden und die Ratifizierung der Protokolle „einzufrieren“.

Möglicherweise wird die zunehmende Europäisierung der Türkei dazu beitragen, dass die türkische Gesellschaft besser über die historischen Ereignisse aufgeklärt wird und sich allmählich von ihrem krankhaften Nationalismus befreit. Ein Schuldeingeständnis oder gar Entschädigungsleistungen sind jedoch kaum zu erwarten.

Drohen pakistanische Verhältnisse?

In der Innen- ebenso wie in der Außen- und Sicherheitspolitik der islamisch geprägten Regierung unter Ministerpräsident Erdogan gibt es Indizien, die für eine Abkehr vom westlich-kemalistischen Kurs sprechen. Insbesondere mit der Abschaffung des parlamentarischen Regierungssystems und der Einführung eines Präsidialsystems versucht die AKP, bessere Bedingungen für eine weitere schleichende Islamisierung der politischen Strukturen zu schaffen. Gleichzeitig steht es um die innenpolitische Situation in der Türkei nicht zum Besten: Die Unterdrückung der freien Medien und der politischen Opposition, der nationalen und religiösen Minderheiten polarisiert die Atmosphäre weiter. Auch die von der AKP vorangetriebene Entmachtung des türkischen Militärs, das sich selbst als Garanten des Kemalismus und Laizismus sieht, muss nicht mehr Demokratie bedeuten. Vielmehr könnte dies perspektivisch zu einem Putsch und zu pakistanischen Verhältnissen führen, verursacht durch einen schwelenden Konflikt zwischen einem zivilen und einem Scharia-Staat.